

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Literaturverzeichnis	XV
1. Einleitung	1
1.1 Untersuchungsinteresse	1
1.2 Begriffe	2
1.3 Fundtiere und Tierheime in Deutschland.	4
1.4 Gang der Untersuchung	6
2. Einordnung aufgefundener Tiere	7
2.1 Abgrenzung von Fundtieren zu anderen aufgefundenen Tieren	7
2.2 Beweisrechtliche Einordnung von Fundtieren	22
2.3 Ergebnis.	44
3. Fundrechtliche Verwahrungspflicht	46
3.1 Voraussetzungen der Verwahrungspflicht nach § 967 BGB	46
3.2 Rechtsfolge des § 967 BGB.	58
3.3 Umfang der Verwahrung	59
3.4 Erstattung der Verwahrungskosten durch den Eigentümer	71
3.5 Haftung der Gemeinde gegenüber dem Empfangsberechtigten bei unsachgemäßer Verwahrung.	76
4. Gefahrenabwehrrechtliche Verwahrungspflicht	78
4.1 Aufgefundene Tiere als Aufgabe der Gefahrenabwehr	78
4.2 Befugnis zur Inbesitznahme und Versorgung	98
4.3 Handlungspflicht	105
5. Verwahrung durch private Tierschutzvereine	109
5.1 Vertragliche Einschaltung der Tierschutzvereine.	109
5.2 Übernahme der Verwahrung durch Private ohne vertragliche Regelung	128
6. Schlussbetrachtung und Ausblick.	141
6.1 Reformbedarf im Fundtierrecht	141
6.2 Maßnahmen zur Entschärfung des Fundtierproblems	141
Stichwortverzeichnis	145

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Literaturverzeichnis	XV
1. Einleitung	1
1.1 Untersuchungsinteresse	1
1.2 Begriffe	2
1.3 Fundtiere und Tierheime in Deutschland.	4
1.4 Gang der Untersuchung	6
2. Einordnung aufgefundenener Tiere	7
2.1 Abgrenzung von Fundtieren zu anderen aufgefundenen Tieren	7
2.1.1 Eigentum	7
2.1.1.1 Aufgabe des Eigentums durch Aussetzen	7
2.1.1.1.1 Wirksamkeit des Eigentumsverzichts.	7
2.1.1.1.2 Erkennbarkeit des Dereliktionswillens	11
2.1.1.2 Herrenlose wilde Tiere gemäß § 960 BGB	12
2.1.1.3 Eigentum an verwilderten Haustieren und ihren Nachkommen	13
2.1.2 Besitzlosigkeit	14
2.1.2.1 Besitzerlangung und -verlust	14
2.1.2.2 Scheinfundtiere	17
2.1.2.3 Anwendung des Fundrechts auf verwilderte Hauskatzen	20
2.1.3 Zwischenergebnis	21
2.2 Beweisrechtliche Einordnung von Fundtieren	22
2.2.1 Problemstellung	22
2.2.1.1 Mögliche Parteikonstellationen	22
2.2.1.2 Sonderproblem bei Fundtieren?	23
2.2.1.3 Wahrscheinlichkeit des Vorliegens der Fundtiereigenschaft.	24
2.2.2 Beweismaß – Überzeugung von der Fundtier- eigenschaft	26
2.2.2.1 Anwendung des Regelbeweismaßes	26
2.2.2.2 Beweis des ersten Anscheins	27
2.2.2.3 Übertragung der Regeln zur Gefahrenabwehr – „Anscheinsfundtier“	28
2.2.2.4 Beweisführung anhand tauglicher Indizien	29
2.2.2.4.1 Indizien für ein weggelaufenes Tier.	29
2.2.2.4.2 Indizien für ein freilebendes Tier	30
2.2.2.4.3 Indizien für ein ausgesetztes Tier	30
2.2.2.4.4 Tauglichkeit sonstiger Indizien.	30
	IX

2.2.3	Objektive Beweislastverteilung – Konsequenzen einer unaufklärbaren Sachlage	32
2.2.3.1	Vorgaben der Länder	33
2.2.3.2	Bestehende Ansätze zur Ermittlung der Beweislast . . .	34
2.2.3.2.1	Normbegünstigungsprinzip	34
2.2.3.2.2	Abstrakte Wahrscheinlichkeit	35
2.2.3.2.3	Annahme eines rechtstreuen Verhaltens	36
2.2.3.2.4	Tierfreundliche Auslegung	37
2.2.3.3	Eigener Ansatz: Rechtsfolgenabwägung	37
2.2.3.3.1	Herleitung und Begründung	38
2.2.3.3.2	Abwägung der Fehleinordnungen	38
2.2.3.3.2.1	Betroffene Interessen	39
2.2.3.3.2.2	Fälschliche Annahme der Fundtiereigenschaft.	40
2.2.3.3.2.3	Fälschliche Ablehnung der Fundtiereigenschaft.	41
2.2.3.3.2.4	Ergebnis der Abwägung zugunsten der Einordnung als Fundtier	41
2.2.3.3.3	Überprüfung des Ergebnisses anhand der Missbrauchsgefahr	42
2.2.3.4	Zeitliche Begrenzung der Regelvermutung	43
2.3	Ergebnis.	44
3.	Fundrechtliche Verwahrungspflicht	46
3.1	Voraussetzungen der Verwahrungspflicht nach § 967 BGB	46
3.1.1	Fundtier	46
3.1.2	Finder des Tieres	47
3.1.3	Ablieferung des Tieres.	48
3.1.3.1	Zuständige Behörde	48
3.1.3.2	Direkte Abgabe des Tieres im Tierheim	49
3.1.3.2.1	Abgabe im Vertragstierheim	49
3.1.3.2.2	Abgabe in einem Tierheim ohne Vertragsbeziehungen .	50
3.1.3.2.2.1	Keine Mitteilung an die Gemeinde	50
3.1.3.2.2.2	Aufforderung zur Entscheidung über den Verbleib des Tieres	50
3.1.3.2.2.2.1	Zustimmung der Gemeinde zum Verbleib im Tierheim.	51
3.1.3.2.2.2.2	Ablehnung der Übernahme der Verwahrung	51
3.1.3.3	Notfallbehandlung durch einen Tierarzt	55
3.1.3.4	Pflicht zur Abholung durch die Behörde.	56
3.1.3.5	Konsequenzen der Verweigerung durch die Behörde . .	57
3.1.3.6	Ablieferungsanordnung	57
3.2	Rechtsfolge des § 967 BGB.	58
3.3	Umfang der Verwahrung	59
3.3.1	Vorgaben zur Tierhaltung	59
3.3.2	Umgang mit schwer verletzten Tieren	61
3.3.3	Kosten der Pflege	63
3.3.4	Beendigungsmöglichkeiten der Unterbringung	64

3.3.4.1	Abholung des Tieres durch den Empfangsberechtigten	65
3.3.4.2	Weitervermittlung des Tieres an Dritte	66
3.3.4.2.1	Voraussetzungen der Weitervermittlung	66
3.3.4.2.2	Weitervermittlung von Listenhunden	67
3.3.4.3	Tötung unvermittelbarer Tiere	68
3.3.4.4	Freilassen von unzähmbaren Tieren.	70
3.4	Erstattung der Verwahrungskosten durch den Eigentümer	71
3.4.1	Ansprüche nach dem BGB (analog).	71
3.4.2	Ansprüche aus dem Verwaltungskostenrecht am Beispiel NRW	73
3.4.2.1	Gebühren	73
3.4.2.2	Auslagen	75
3.5	Haftung der Gemeinde gegenüber dem Empfangsberechtigten bei unsachgemäßer Verwahrung.	76
4.	Gefahrenabwehrrechtliche Verwahrungspflicht	78
4.1	Aufgefundene Tiere als Aufgabe der Gefahrenabwehr	78
4.1.1	Gefahren für Individualrechtsgüter	78
4.1.1.1	Gefahren für den Straßenverkehr	79
4.1.1.2	Gefahren für Leib und Leben durch ein gefährliches Tier.	80
4.1.1.3	Verstoß gegen die Landeshundegesetze am Beispiel NRW	81
4.1.1.4	Gefahren für das Eigentum am Tier.	82
4.1.2	Gefahren für das Tier als Lebewesen	83
4.1.2.1	Gefahren durch menschliches Fehlverhalten	83
4.1.2.1.1	Verstöße gegen das TierSchG und das BJagdG.	83
4.1.2.1.1.1	Verstoß gegen § 2 Nr. 1 TierSchG – Pflegegebot	83
4.1.2.1.1.2	Verstoß gegen § 3 S. 1 Nr. 3 TierSchG – Aussetzungsverbot.	85
4.1.2.1.1.3	Verstoß gegen §§ 17 Nr. 1, Nr. 2 b) oder 18 Abs. 1 Nr. 1 TierSchG – Quälen und Töten durch Unterlassen.	86
4.1.2.1.1.4	Verstoß gegen § 22a BJagdG – Hilfeleistungspflicht bei verletztem Wild	87
4.1.2.1.2	Nichteinschreiten trotz des Leidens eines Tieres	87
4.1.2.1.2.1	Verstoß gegen § 323c StGB – Unterlassene Hilfeleistung	87
4.1.2.1.2.2	Verstoß gegen die öffentliche Ordnung.	89
4.1.2.2	Natürliche Gefahren	91
4.1.2.2.1	Regelung in Spezialgesetzen	92
4.1.2.2.2	Tiere als Schutzgut der öffentlichen Sicherheit.	94
4.1.2.2.3	Behördliche Schutzpflicht aus Art. 20a GG	96
4.1.2.3	Ergebnis.	97
4.2	Befugnis zur Inbesitznahme und Versorgung	98
4.2.1	Notwendigkeit einer Befugnisnorm	98

4.2.2	Rechtliche Qualifikation der Inbesitznahme und Versorgung	99
4.2.2.1	Sicherstellung und anschließende Verwahrung	99
4.2.2.2	Sofortvollzug einer Anordnung	102
4.2.2.3	Spezialität bei Verstößen gegen Spezialgesetze	103
4.2.2.3.1	LHundG NRW	103
4.2.2.3.2	TierSchG	104
4.2.3	Umfang der Obhutspflichten und Haftung aus dem Verwahrungsverhältnis	104
4.2.4	Erstattung der Kosten durch den Störer.	105
4.3	Handlungspflicht	105
5.	Verwahrung durch private Tierschutzvereine	109
5.1	Vertragliche Einschaltung der Tierschutzvereine.	109
5.1.1	Formen der Einschaltung Privater durch die Gemeinden	109
5.1.2	Zulässigkeit der funktionalen Privatisierung bei der Tierverwahrung	110
5.1.3	Regelungen der Fundtierverwahrverträge im Einzelnen	111
5.1.3.1	Regelungen im Innenverhältnis	112
5.1.3.1.1	Bestimmung der zu versorgenden Tiere	112
5.1.3.1.2	Umfang der Verwahrung	113
5.1.3.1.3	Kosten der Verwahrung für die Gemeinde.	114
5.1.3.1.4	Eigentumsübergang nach dem Ende der sechs- monatigen Frist	114
5.1.3.1.5	Kontroll- und Weisungsrechte	115
5.1.3.1.6	Haftungsfreistellung im Innenverhältnis	116
5.1.3.2	Befugnisse der Tierschutzvereine im Kontakt zum Bürger.	117
5.1.3.2.1	Entgegennahme der Anzeige	117
5.1.3.2.2	Ausgestaltung der Ablieferung – Entscheidung des Tierheimes über die Entgegennahme des Tieres	118
5.1.3.2.3	Herausgabe des Tieres an den Empfangsberechtigten . .	120
5.1.3.2.3.1	Überprüfung der Berechtigung.	120
5.1.3.2.3.2	Kostenerhebung bei Abholung.	121
5.1.3.2.3.2.1	Eigene Ansprüche des Tierschutzvereins	121
5.1.3.2.3.2.2	Abtretung von Ansprüchen der Gemeinde.	122
5.1.3.2.3.2.3	Einzug der Gebühren und Auslagen.	123
5.1.3.2.4	Weitervermittlung.	124
5.1.3.2.4.1	Dingliche und schuldrechtliche Ausgestaltung der Weitergabe	124
5.1.3.2.4.2	Entscheidung über die Geeignetheit des neuen Halters. . .	125
5.1.4	Auswirkung der Verträge auf die Ansprüche der Bürger	126
5.1.4.1	Abnahme des Tieres vom Finder.	126
5.1.4.2	Herausgabe des Tieres an den Empfangsberechtigten . .	126
5.1.4.3	Gemeinde als Haftungsschuldner	127

5.2	Übernahme der Verwahrung durch Private ohne vertragliche Regelung	128
5.2.1	Ansprüche des Tierschutzvereins	129
5.2.1.1	Ansprüche gegen den Finder	129
5.2.1.2	Ansprüche gegen die Gemeinde	129
5.2.1.2.1	Aufwendungsersatz aus einer berechtigten Geschäftsführung ohne Auftrag	130
5.2.1.2.1.1	Besorgung eines fremden Geschäfts für die Gemeinde. . .	131
5.2.1.2.1.1.1	Versorgung von Fundtieren.	131
5.2.1.2.1.1.2	Versorgung herrenloser Tiere.	132
5.2.1.2.1.2	Tätigwerden im öffentlichen Interesse	133
5.2.1.2.1.2.1	Öffentliches Interesse an der Fundtierverwahrung. . . .	134
5.2.1.2.1.2.2	Öffentliche Interesse an der Verwahrung herrenloser Tiere	136
5.2.1.2.1.3	Anspruchsinhalt	136
5.2.1.2.2	Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	137
5.2.1.3	Ansprüche gegen den Empfangsberechtigten	137
5.2.2	Ansprüche des Tierarztes	138
5.2.3	Ansprüche des Finders.	139
5.2.4	Ansprüche der Gemeinde	139
5.2.5	Ansprüche des Empfangsberechtigten	140
6.	Schlussbetrachtung und Ausblick.	141
6.1	Reformbedarf im Fundtierrecht	141
6.2	Maßnahmen zur Entschärfung des Fundtierproblems . .	141
	Stichwortverzeichnis	145